

**Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates (KHSBR)**

Datum: 19.06.2014  
Ort: Rathaus, Fischmarkt 1, Raum 243  
Zeit: 16:30 - 19:35 Uhr  
Anwesenheit: siehe Anlage

**Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Bestätigung des Protokolls vom 08.07.2013
3. Vorstellung des neuen Leiters der Fachhochschule Erfurt
4. Vorstellung des neuen Kanzlers der Universität Erfurt
5. Selbstverständnis und Arbeitsweise des KHSBR: Information über Anfrage der CDU Fraktion zum Hochschulbeirat und Antwort des OB, Appell an Vertreter der Fraktionen zur gleichberechtigten Zusammenarbeit, Anfrage der StuRa
- 5a. Satzungsänderung und Änderung der Geschäftsordnung
6. Radverkehrsverbindungen zwischen Hochschulen und Innenstadt
7. Zweitwohnungssteuer
8. Diskussion zur Nachbereitung der Zusammenhänge zum Semesterticket und Abstimmung zum Vorgehen bei neuen Urabstimmungen der Stura zu diesem Thema (Moderation: stellvertretender Vorsitzender)
9. Abstimmung über Neuberufung, weiterer Verbleib von Mitgliedern im Beirat, ggf. Neuwahl des Vorstandes
10. Sonstiges

Zu 1.

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, vor allem die Gäste Prof. Zerbe, amt. Leiter der Fachhochschule Erfurt und Herrn Gerken, neuer Kanzler der Universität Erfurt. Er eröffnete die Sitzung pünktlich und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Es waren fünf stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Aufgrund zwischenzeitlich eingegangener Beschlussvorlagen stellte der Vorsitzende einen Antrag zur Änderung der Tagesordnung zur Abstimmung, der mit 3 Stimmen angenommen wurde. Die Vorschläge zur Änderung der Satzung wurden als Punkt 5a in die Tagesordnung aufgenommen. Da seitens der Studierenden und der Vertreter der Fraktionen durch Neuwahlen neue Mitglieder im Beirat anwesend waren, erfolgte eine kurze Vorstellungsrunde.

Seitens der Studierenden der Universität Erfurt sind neu delegiert:

Herr Konstantin Macher

Frau Paula Männich

Seitens der Fraktionen sind neu entsendet:

SPD Herr Dr. Urs Warweg  
Die Linke Frau Katalin Hahn  
Freie Wähler / FDP / Piraten Herr Daniel Stassny

Zu 2.

Das Protokoll vom 08.07.2014 wurde mit 2 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Zu 3. und 4.

Der Vorsitzende begrüßte noch einmal Herrn Prof. Zerbe als amtierenden Leiter der Fachhochschule und den neuen Kanzler der Universität Erfurt, Herrn Gerken. Herr Zerbe unterstrich bei seiner Vorstellung, dass er sich gern in die Belange des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates einbringen möchte, Herr Gerken seinerseits begrüßte die Existenz eines solchen Gremiums, welches wichtig sei bei der Zusammenarbeit der Erfurter Hochschulen.

Zu 5.

In einer emotional heftig geführten Debatte stellten die Vertreter der Studierendenräte der FHE und der Universität dar, dass der Beirat bisher nur vor sich "her dümpelt" und sie den Eindruck hätten, dass dieser nicht in der Stadt bzw. durch den Stadtrat wahrgenommen würde. Der Beirat in seiner jetzigen Form erfülle seinen Zweck nicht und die Studierenden hätten schon erwogen, nicht weiter im Beirat mitarbeiten zu wollen.

Es wurde kritisiert, dass der letzte Beirat vor ca. 11 Monaten tagte und sich durchaus Themen gefunden hätten, die relevant für die Interessen der Studierenden gewesen wären. Der Vorsitzende stellt klar, dass der Beirat jederzeit einberufen werden könne, wenn Themen und die notwendige Zahl der Befürworter vorlägen. Das sei für die letzte Sitzung nicht der Fall gewesen. Die Studierendenvertreter seien nicht in der Lage gewesen, für ihr eingereichtes Thema die notwendigen 3 Stimmen zu melden. Ohne Themen sei eine Sitzung des KHSBR jedoch sinnlos. Die Studierenden kritisierten, dass durch "die Stadt" keine Beschlüsse zur Diskussion vorgelegt hätten, welche die Studierenden tangieren.

Unter Bezug auf das Jenaer Modell, wo dies funktioniere, fügte Dr. Schmidt-Röh an, dass es in Jena mehr Studierende gäbe, drei Studierende selbst Stadträte wären und dadurch der dortige Studierendenbeirat schon ca. 6 Wochen vor einer Beschlussfassung Kenntnis über alle Beschlüsse hätte und daraus jene ableiten könne, die die Studierenden tangieren.

Unter Bezug auf Jena stellte Herr Macher auch heraus, dass in Jena die größte Gruppe, die Studierenden, den Vorsitzenden stellen und leitete daraus ein besseres Funktionieren her.

Nach zahlreichen Wendungen im Gesprächsverlauf wurde das Hauptthema, dass der Beirat keine Beschlussvorlagen gesehen hat und dies perspektivisch wünsche, in drei Richtungen diskutiert.

Erstens könne jeder im Kommunalen Bürgerinformationssystem <http://buergerinfo.erfurt.de/bi/infobi.php> Termine und Themen der Stadtratssitzung einsehen. Da Beschlussfassungen im Stadtrat im Vorfeld in relevanten Ausschüssen behandelt würden, können auch dort die jeweiligen Themen eingesehen werden. Allerdings wären auch dort nur die öffentlichen Teile der Beratungen einsehbar, so wie auch innerhalb der Verwaltung nur wenige Tage vor einer Beratung die Möglichkeit besteht, Beschlüsse

einzu sehen. Im Prinzip sind alle Drucksachen bis zur Beratung des OB mit den Beigeordneten nicht öffentlich und somit auch nicht für den Hochschulbeauftragten zugänglich. Auf diesem Weg ist ein früheres Einsehen in Vorlagen derzeit nicht möglich.

Zweitens könnte der Stadtrat dahingehend in Vorlauf gehen, dass über die Fraktionen relevante Themen in den Beirat getragen würden. Andererseits erlaube die Kommunalordnung, dass im Vorfeld einer Beschlussfassung durch einen Ausschuss sachkundige Bürger einbezogen werden könnten und diese Funktion auch durch den Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirat erfüllt werden könnte.

Drittens solle man nicht warten, bis ein Beschluss, der die Interessen der Studierenden tangiert, in Papierform zur Beschlussfassung vorliege, sondern im Vorfeld Themen ansprechen, die ggf. Auswirkungen auf Studierende bzw. die Hochschulstandorte haben könnten oder den Studierenden in dieser Richtung wichtig wären.

Es wurde noch einmal Bezug darauf genommen, dass der Oberbürgermeister in der Sitzung am 8. Juli 2013 angemerkt hatte, diese Sache im Hauptausschuss aufzurufen. Dazu läge aber noch keine Rückmeldung vor.

Herr Hirche stellte fest, dass es eine Lösung geben müsse, wie der Beirat an relevante Themen komme. Er glaube nicht, dass der Stadtrat den Beirat bisher wahrgenommen habe und setzt seine Hoffnung in die Fraktionen. Wenn von dort bessere Informationen kämen, könne die Arbeit des Beirates ebenfalls nur besser werden.

Es wurde von mehreren Seiten darauf hingewiesen, dass der Beirat kein Gremium sei, welches über bestehende Beschlüsse zu entscheiden habe bzw. generell als Entscheidungsgremium agiere, sondern sich beratend und unterstützend im Vorfeld bzw. in der Diskussionsphase mit möglichen relevanten Themen auseinandersetzt.

Zu 5a

Satzungsänderung und Änderung der Geschäftsordnung

Durch die Vertreter der Studierenden wurde eine Beschlussvorlage eingereicht, in welcher verschiedene Punkte zur Textänderung eingearbeitet waren. Die Vorschläge wurden einzeln abgewogen.

In den beigefügten Anlagen sind die Ursprungfassungen, die Änderungsvorschläge einschließlich des Abstimmungsergebnisses sowie die neue Textfassung aufgezeigt. Die ebenfalls als Anlage beigefügte Änderungssatzung zeigt noch einmal alle zu ändernden Passagen auf.

Folgende Punkte wurden in der Diskussion nicht berücksichtigt.

Im § 2 Abs. (2) Satz 1 wurde bei der Protokollverfassung ein Änderungsantrag entdeckt, der während der Sitzung - auch vom Einreicher selbst - nicht angesprochen wurde.

Die Streichung der Passage "die die Belange der Erfurter Hochschulen und deren Studierende betreffen" wurde nicht behandelt, da im Vorfeld diese Änderung nicht erkannt und nicht markiert wurde. Die Gesprächsführung im Rahmen des Selbstverständnisses und das Thema "Findung relevanter Vorlagen bzw. Themen" lässt aber ein Streichen dieser Passage logischerweise nicht zu.

Ebenso wäre die Aufnahme der Formulierung "... an die Mitglieder des KHSBR..." eine erhebliche Mehrbelastung im Rahmen einer bisher ohnehin nicht geklärten Verfahrensweise der Bereitstellung von Beschlussvorlagen (welche die Studierenden bzw. die Hochschulen tangieren) und sollte nicht aufgenommen werden.

Da auch dazu in der Diskussion keinerlei Angaben gemacht wurden, bleibt die Ursprungfassung vorerst bestehen. Das Gendering wurde jedoch durchgeführt.

*Anmerkung: Der Protokollführende bittet nach Zustellung des Protokolls diesbezüglich um eine Nachricht, da bis zur nächsten Beratung die Satzungsänderung einschließlich einer Vorab-Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt auf den Weg gebracht werden sollen.*

Im Text wurden generell entsprechend dem Antrag geschlechterneutrale Bezeichnungen eingearbeitet.

Die Synopse, die Abwägung und die neue Textfassung sind als Anlage 1 beigelegt.

Änderung der Geschäftsordnung:

Analog zum Antrag auf Satzungsänderung wurde auch ein Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung eingereicht.

Inhaltliche Änderung:

A)

Im § 1 Absatz (3) sollte der Klammerausdruck "**(vgl. § 5 Abs. 3 Satz 1 der Satzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates)**" gestrichen werden, da der Bezug falsch dargestellt ist. Der Bezug richtet sich auf den § 6 Abs. (3) Satz 1 der Satzung.

Entgegen dem Antrag einer Streichung wurde einstimmig die Korrektur festgelegt.

B)

Im § 4 der Geschäftsordnung Satz 1 soll der Ausdruck "im Rahmen ihrer Möglichkeiten" eingefügt werden. Die Einfügung wurde mit 4 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen.

Gender- Änderungen:

Analog der Satzung sollte ein Gendering auch in der Geschäftsordnung durchgeführt werden. Alle geschlechterbezogenen Ausdrücke wurden entsprechend dem Antrag angepasst. Die textliche Neufassung ist als Anlage 2 beigelegt.

Zu 5. / 6. / 7.

Die Punkte 5 (rückwirkend), 6. und 7. wurden auf Grundlage der vor der Sitzung eingereichten Vorlagen behandelt. Die Vorlage "**Selbstverständnis und Arbeitsweise des KHSBR**" wurde mit dem Bezug auf die im Punkt 5a angesprochenen Satzungsänderungen einstimmig angenommen

Die Vorlage "**Radverkehrsverbindungen zwischen den Hochschulen und Innenstadt**" wurde diskutiert. In der Diskussion wurde darauf abgestellt, dass es eine Veranstaltung gemeinsam mit dem Tiefbau- und Verkehrsamt geben sollte, auf der die Themen vorgestellt werden.

Die Vorlage wurde textlich verändert und nach der Veränderung einstimmig angenommen:

Text neu:

Vorlage für die Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates am 19.06.2014  
TOP: Radverkehrsverbindungen zwischen Hochschulen und Innenstadt

Viele Studierende nutzen das Fahrrad als Hauptverkehrsmittel. Leider ist der Ausbau der Fahrradwege in Erfurt bisher defizitär, besonders was die Anbindung der Hochschulen an die Innenstadt angeht. Deshalb bittet der Kommunale Hochschul- und Studierendenbeirat den Oberbürgermeister um Vorstellung des Konzepts zur Neustrukturierung der Fahrradwege, insbesondere in der Nordhäuser Straße, welches eine sichere Anbindung der Hochschulen für Radfahrer\*innen vorsieht.

Dazu bittet der Kommunale Hochschul- und Studierendenbeirat vorab um dazugehörige Unterlagen. Insbesondere soll auch die Frage beantwortet werden, welcher Zeitrahmen für die Umsetzung des Konzepts vorgesehen ist.

Der Oberbürgermeister soll zu einer der nächsten Sitzungen des KHSBR eingeladen werden.

Anmerkung des Protokollführenden: Information zum Sachverhalt, wurde in der Beratung nicht explizit besprochen!

Die Thematik "Radwegeverbindung und Radwegeerschließung der drei Erfurter Hochschulen" wurde in der 2. Sitzung des Beirates am 04.10.2011 durch den Bereichsleiter Verkehrsentwicklungsplan im Bereich Verkehrsplanung persönlich vorgestellt und diskutiert. In der 5. Sitzung des Beirates wurde eine schriftliche Stellungnahme des Leiters des Stadtentwicklungsamtes entgegengenommen und eine Stellungnahme an den Stadtrat verabschiedet, welche dieser auch zur Kenntnis genommen hat.

Die Vorlage "**Zweitwohnungssteuer**" wurde ebenfalls diskutiert und inhaltlich angepasst:

Text neu:

Vorlage für die Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates am 19.06.2014  
TOP: Zweitwohnungssteuer

Der Kommunale Hochschul- und Studierendenbeirat bittet den Stadtrat um einen Bericht darüber, wie viele Personen die Zweitwohnungssteuer zahlen müssten, wie viele sie tatsächlich zahlen, welche Einnahmen die Stadt dadurch hat und welche Kosten für die Verwaltung durch die Zweitwohnungssteuer entstehen.

In diesem Zusammenhang bittet der KHSBR den Oberbürgermeister um eine Beratung mit der Beigeordneten Finanzen und Liegenschaften und dem Vorsitzenden des Finanzausschusses zum Thema "Abschaffung der Zweitwohnungssteuer" und Schaffung eines attraktiven Angebotes wie eines Kulturtickets oder ähnliches. Dieses Kulturticket könnte eine Art Ausweis sein, mit dem Studierende günstigeren Eintritt in kulturelle Einrichtungen wie Museen, Theater, etc. bekommen (vergleichbar mit dem Familienpass).

Es wurde beschlossen, dass das Thema "Zweitwohnungssteuer" und "Kulturticket" erneut auf die Tagesordnung des KHSBR für die nächste Beratung gesetzt werden soll.

Zu 8.

Das Thema "Semesterticket" wurde durch Prof. Brodersen als beratungsrelevant vorgeschlagen. Leider konnte Prof. Brodersen aus terminlichen Gründen selbst nicht an der Sitzung des Beirates teilnehmen und sein Statement dazu abgeben.

Der Vorsitzende stellte zur Abstimmung, ob das Thema deshalb von der Tagesordnung gestrichen werden sollte. Dr. Schmidt-Röh merkte an, dass irgendwann wieder über das Ticket respektive die Preise der EVAG zu verhandeln sein würde und dass das Thema durchaus zu behandeln sei.

In der Abstimmung wurde bei einer Gegenstimme für eine Behandlung des Themas abgestimmt.

Der Vorsitzende hatte im Vorfeld bereits angekündigt, dieses Thema nicht zu moderieren und wollte es seinem studentischen Stellvertreter übergeben. Da dieser aber selbst nicht zur Sitzung kommen konnte, übernahm dessen Stellvertreterin Frau Morgenroth die weitere Moderation.

Frau Morgenroth führte die angeregte, teils kontroverse Diskussion weiter.

Darin wurde kritisiert, dass die Stadt keine Unterstützung für die Studierenden gäbe, dass der OB das Anliegen der Studierenden durchaus aktiv hätte unterstützen können und dass bei weiteren Verhandlungen mit der EVAG, die selbst bei doppeltem Mehrgewinn (Preise hoch, Studierendenzahl steigt) keine Kulanz zeige, bei den nächsten Kalkulationen anders verhandelt werden sollte.

Es wurde bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mit drei Ja-Stimmen beschlossen, den Oberbürgermeister zur nächsten Beratung einzuladen.

Da auch das Thema Zweitwohnungssteuer finanzielle Hintergründe hat, sollen das Thema "Semesterticket/EVAG" und "Zweitwohnsitzsteuer" in einer gemeinsamen Sitzung besprochen werden.

Zu 9.

Herr Dr. Vonken kündigt an, dass er seinen Vorsitz niederlegt. Das sei insbesondere darin begründet, dass er ab dem Wintersemester keinem Gremium der Universität mehr angehöre und daher durch die Universität ein neues Mitglied zu bestimmen sei. Zur nächsten Beratung sei deshalb ein\*e neue\*r Vorsitzende\*r zu wählen.

Die Sitzung endete 19:40 Uhr

Die nächste Sitzung des KHSBR wird für den 23.10.2014 angesetzt.

PD Dr. M. Vonken  
Vorsitzender

Peter Seyfarth  
Hochschulbeauftragter

Anlagen

Anlage 1 Satzungsänderung; Abwägung, neue Textfassung

Anlage 2 Synopse,

Anlage 3 Änderung der Geschäftsordnung, Synopse; neue Textfassung

Anlage 4 Anwesenheitsliste